

## **AGB-MANIFEST „AARGAU FÜR ALLE !“**

Im laufenden und kommenden Jahr stehen gewichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Aargaus an. Einerseits sind steuerliche Entlastungen und damit Einnahmehausfälle für Kanton und Gemeinden geplant, andererseits kommen neue gewichtige Aufgaben auf Kanton und Gemeinden zu: Stärkung der Volksschule, familienergänzende Tagesstrukturen, Kinderbeihilfe, neue Spital- und Pflegefinanzierung, Hightech Aargau, Herausforderungen der Energiewende (Energiegesetz, Initiative AEW) und leider auch Herausforderungen auf Grund der negativen Wirtschaftsentwicklung.

Offensichtlich ist die bürgerliche Grossratsmehrheit unfähig Lehren, aus der Finanzkrise und deren anhaltenden Verwerfungen in der Wirtschaft (Schuldenkrise, wiederholte Banken Krisen, hoher Frankenkurs) und - damit einhergehend – drohendem Arbeitsplatzabbau und Gefährdung der Sozialwerke gezogen. Sie weigert sich auch, die Lehren aus Fukushima zu ziehen, und stellt sich taub gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen (z.B. Gleichstellung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie).

Die bürgerlichen Parteien setzen weiterhin lediglich auf zwei Mittel: Senkung der Steuern (natürlich vor allem für die Unternehmen und die Reichen) und weitere Deregulierungen nach dem widerlegten Motto: "Mehr Markt, weniger Staat und dann geht's allen gut".

Dies obwohl die Staaten mit Milliarden die Banken retten mussten und noch immer müssen, obwohl trotz immer noch riesigen Finanzvermögen nicht wirklich produktiv investiert, sondern vor allem spekuliert wird, obwohl die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten zwei neoliberalen Jahrzehnten immer schneller und weiter aufgegangen ist und obwohl die Belastung der aktiven Generation bezüglich aller zu unterstützenden Personen (Rentnerinnen und Rentner sowie Kinder und Jugendliche) insgesamt seit 1948 praktisch unverändert ist.

Dazu braucht es eine Alternative, einen Aargau mit Zukunft, bei der die Bedürfnisse und Interessen der grossen Bevölkerungsmehrheit im Zentrum stehen.

Statt Deregulierung, Privatisierung und Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche braucht es

- Massnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Minderung der Folgen von Arbeitslosigkeit,
- eine aktive Wirtschaftspolitik um eine zukunftsgerichtete und wertschöpfungsstarke Industrie und damit Arbeitsplätze zu erhalten,
- starke Sozialwerke, die die Menschen gegen Arbeits- und Einkommensverlust absichern und eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aktiv fördern,
- Investitionen in Bildung und Gesundheit,
- Massnahmen für die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- Massnahmen für die Energieeffizienz und Investitionen in erneuerbare Energien, um die Energiewende und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Für diese Alternative „Aargau für alle!“ wird sich der Aarg. Gewerkschaftsbund mit anderen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zusammen einsetzen.

Im Zentrum steht für den Aarg. Gewerkschaftsbund die Sicherung von Arbeitsplätzen, Löhnen und Renten, deshalb

- lanciert der AGB eine Initiative für ein Arbeitslosenhilfegesetz,
- wird sich der AGB, bis zur Abstimmung über die entsprechende SGB-Initiative, für eine Verankerung von Mindestlöhnen einsetzen,
- setzt sich der AGB für die verbesserte Umsetzung der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping,
- kämpft er bei den Lohnverhandlungen im Herbst für bessere Löhne,
- wehrt sich der AGB gegen weitere Verschlechterungen bei den Sozialwerken.

Bei den kommenden Abstimmungen wird sich der AGB darauf konzentrieren, dass dem Staat nicht weiter dringend notwendige Mittel entzogen werden und dass der Staat in die für die grosse Mehrheit der Bevölkerung wichtigen Bereichen investiert: Bildung, Tagesstrukturen, Gesundheit, erneuerbare Energie und zukunftsgerichtete Industrie.